

Änderungsanträge der Sozialistischen Linken zum Wahlprogrammmentwurf 2017



Einführung

Änderungsantrag 1

Zeile 220: Streiche „und Freihandelsverträge wie Tisa, TTIP und CETA“

Zeile 221 füge neuen Absatz ein:

„Wir **lehnen die neoliberalen Freihandels-und Konzernschutzabkommen ab**: TTIP mit den USA, CETA mit Kanada, JEFTA mit Japan, das Dienstleistungsabkommen TISA, die Freihandelsabkommen mit Afrika und ähnliche, demokratiefeindliche und die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder einschränkende Abkommen. Deutschland muss ihnen die Zustimmung verweigern.“

Begründung: Das waren die Anliegen der größten Massenmobilisierungen der letzten Jahre, an denen DIE LINKE aktiv mitgewirkt hat. Für viele Beteiligte und in der Sache ist das weiterhin ein zentrales Anliegen für einen notwendigen Politikwechsel. Es gibt auch Aktionen, dies von den Parteien einzufordern. Es ist auch ein Punkt, an dem nur DIE LINKE eine klare Position hat und sich auch gegenüber der SPD und den Grünen profilieren kann. Das muss auch im Bundestagswahlkampf und im Wahlprogramm als ein Schwerpunkt hinreichend deutlich werden. Deshalb muss es hier vorne im Einleitungskapitel, was noch am ehesten von vielen gelesen wird, gesondert genannt werden als einer der Punkte, die uns besonders wichtig sind, die „wir dringend angehen“. Es kostet uns drei Zeilen, aber es könnte eine Menge nützen. Und es muss dann natürlich auch im Wahlkampf entsprechend deutlich gemacht werden.

Kapitel I (Gute Arbeit)

Änderungsantrag 2

Zeile 257: Ändere: „Nur ein Mindestlohn von 12 Euro kann schützt vor Altersarmut schützen“

Begründung: stimmt in dieser verkürzten Form nicht, bei längerer Arbeitslosigkeit gerät man dennoch in Altersarmut.

Kapitel VII (Die Mieten runter!)

Änderungsantrag 3

Zeile 1494 ändern in: „... werden, um überhöhte Mieten zu senken, Höchstmieten festzulegen und die Enteignung von Grundeigentum zum Wohle der Allgemeinheit und dessen Überführung in öffentliches Eigentum zu erleichtern.“

Begründung:

Die verfassungsrechtlich verankerte Gemeinwohlbindung des Eigentums lässt ausdrücklich Enteignungsverfahren zum Wohle der Allgemeinheit zu. In der Reihe unserer nachdrücklichen Forderungen nach einem umfassenden, offensiven Ausbau von öffentlichen, genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Eigentumsformen sollte auch das Privateigentum an Grund und Boden, das von jeher ein knappes Gut und daher bevorzugtes Objekt für Spekulationen und Gewinninteressen ist, nicht unerwähnt und nicht unberührt bleiben. Hier gilt es, gesetzliche Grundlagen für ein erleichtertes Verfahren zur Enteignung insbesondere in kritischen Wohnungsmarktsituationen zu schaffen.

Kapitel XIV (Außenpolitik, Frieden)

Änderungsantrag 4

Zeile 3241 Einfügen: „DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Unsere Fraktion hat als einzige militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt“

Begründung: Betonung des vielleicht offensichtlichsten Alleinstellungsmerkmals.

Änderungsantrag 5

Zeile 3288: Ergänze: „...meint sie damit mehr Auslandseinsätze die Durchsetzung geopolitischer Interessen und mehr Geld für Rüstungsprojekte“.

Begründung: Auslandseinsätze sind ein Mittel zum Zweck der Durchsetzung geopolitischer Interessen. Das ist auch der richtige Gegensatz zu den „Menschenrechten“ im vorhergehenden Absatz.

Änderungsantrag 6

Zeile 3476: füge als neuen Punkt ein:

- Wir verurteilen die Destabilisierungsversuche der Europäischen Union (EU) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegen Venezuela und fordern die Beendigung des Handelskriegs gegen die Wirtschaft des Landes und gegen die Versorgung der Bevölkerung.

Begründung: Wir verurteilen die aktuellen Versuche der USA, Lateinamerika wieder zum Vorhof des eigenen Einflussgebiets zu machen und dabei vor Auseinandersetzungen zu Lasten der dort lebenden Menschen nicht zurückzuschrecken.

Änderungsantrag 7

Zeile 3541: Ersetze „Kampfeinsätze“ durch „Einsätze“.

Begründung: Hier ist eine von der richtigen Kernforderung (3305f) abweichende Aussage formuliert.